

Die teuerste Schule der Schweiz

Basel-Stadt gibt jährlich pro Schülerin und Schüler schweizweit am meisten aus. Die Gründe sind vielfältig.

Tomasz Sikora

Basel-Stadt hat die teuerste Volksschule der Schweiz. Dies zeigt der aktuelle Bildungsbericht Schweiz aus dem Jahr 2018. Publiziert wird dieser alle vier Jahre von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung in Aarau. Wegen der Corona-Pandemie verschiebt sich die Publikation des nächsten Berichts aufs kommende Jahr.

Laut dem aktuellen Papier liegen die jährlichen öffentlichen Bildungsausgaben des Kantons Basel-Stadt pro Schülerin und Schüler in der Sekundarstufe rund 5000 Franken über dem Schweizer Mittelwert. Zum Vergleich: Im Kanton Baselland kostet ein Schuljahr auf der gleichen Stufe pro Schülerin und Schüler gut 7000 Franken weniger als in Basel-Stadt. Die Kosten in der Primarschule weist der Bericht nicht aus. Die Situation ist aber ähnlich, wie eine Anfrage bei Simon Thiriet, Sprecher des Basler Erziehungsdepartements (ED), ergibt: «In der Primar- und Sekundarstufe kostet ein Schuljahr pro Schülerin und Schüler 21000 Franken.»

Bildungsexperte sieht drei Hauptgründe

Woran liegt es, dass Basel-Stadt so hohe öffentliche Bildungsausgaben hat? Martin Tomasik, Professor am Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich, sagt, dass Vergleiche selbst zwischen benachbarten Kantonen schwierig seien. Ein Umstand, den auch Thiriet nennt: «Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Definitionen, was alles zu den «Bildungsausgaben» zählt, sehr stark variieren.»

Trotzdem sieht Tomasik mehrere Gründe für die hohen Kosten in Basel-Stadt. So habe es viele Kinder mit Förderbedarf. Dieser wird in Basel-Stadt im Rahmen der Integrativen Schule



In Basel gehen besonders viele fremdsprachige Kinder zur Schule.

Symbolbild: Kenneth Nars

erfüllt. Das heisst, solche Kinder werden in Regelklassen und nicht in separaten Gruppen unterrichtet. «Dadurch ist der Personalaufwand höher und das Betreuungsverhältnis enger», so Tomasik. Das sei pädagogisch sinnvoll,

Rund **5000**
Franken über dem
Schweizer Mittelwert gibt
Basel-Stadt jährlich pro
Volksschulkind aus.

aber definiere die Ausgaben pro Schüler oder Schülerin.

Der höhere Förderbedarf in Basel-Stadt habe mit dem hohen Anteil fremdsprachiger Schulkinder zu tun, die Deutsch lernen, sagt Martin Tomasik. «Der hohe Migrationsanteil und das städtische Umfeld müssen berücksichtigt werden, um effektiv

vergleichbare Zahlen zu haben. Basel-Stadt weist hier den zweithöchsten Anteil aller Kantone aus.» Auch der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die aus anderen Gründen Förderung benötigen, nimmt zu.

Rund **7000**
Franken tiefer liegt
derselbe Wert laut
Bildungsbericht im
Kanton Baselland.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats beziffert den Anstieg im vergangenen Jahr auf 9,1 Prozent und kritisiert damit verbundene Mehrkosten von 2,2 Millionen Franken. Es seien «auffallend grosse Stützpfiler» notwendig gewesen, um das Modell der Integrativen Schule aufrechtzu-

erhalten. Thiriet sagt: «Insbesondere der Bedarf von Schülerinnen und Schülern mit schwerwiegenden Schwierigkeiten und Störungen in der Verhaltensregulation ist weiter zunehmend.» Ein zweiter Grund für die Ausgabenhöhe ist laut Tomasik das durchschnittliche Alter des Lehrkörpers, denn ältere Lehrpersonen verdienen mehr und bedingen höhere Sozialabgaben.

ED will bessere, nicht günstigere Integration

Neben den genannten zwei Gründen sieht Bildungsexperte Tomasik noch einen dritten Kostentreiber in der Volksschule: «Auch generelle Verwaltungs- und Infrastrukturkosten sind ein wichtiger Faktor, die häufig übersehen werden, die aber in die Gesamtkalkulation eingehen.» Jean-Michel Héritier von der Freiwilligen Schulsynode

Basel-Stadt stimmt Tomasik zu: «Die Bildungsverwaltung ist in den vergangenen Jahren stark angewachsen.» Das sei für den aktuellen Schulbetrieb zwar nötig, führe aber zwangsläufig dazu, «dass heute anteilmässig weniger Mittel beim Unterricht und bei den Schulkindern ankommen».

Untätig bleibe das ED dennoch nicht, sagt Sprecher Thiriet. Zurzeit erarbeite eine Arbeitsgruppe weitere Massnahmen zur Verbesserung. «Das Ziel ist, dem Bildungsbedarf der Schülerinnen und Schüler sowohl in der Regelschule als auch in den separaten Angeboten besser gerecht zu werden und die Klassen sowie die beteiligten Lehr- und Fachpersonen zu entlasten.» Finanzielle Überlegungen stünden aber nicht im Vordergrund: «Es handelt sich hierbei nicht um eine Sparübung.»